



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Pflicht der Regierung.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

einen häßlichen Knäuel schwindelhafter Künste. Oft genug haben ja die Organe der national-czechischen Partei erklärt, daß zwischen Alt- und Jung-czechen, zwischen Kieger und Gregr, Palachy und Sladkowsti nie eine Spaltung gewesen sei, sondern unzerstörbare Solidarität herrsche. Die reactionären Adeligen und Prälaten liefern, so meint man, den nervus rerum zur Nahrung der Agitation. Eine kleine anarchische Episode als Beweis für die Lebensunfähigkeit der Verfassung wäre diesen Herrn ohne Zweifel willkommen. Aber die letzten prager Geschichten verdienen kaum den Namen eines Sprühteufels. Der Maulwurf muß tiefer wühlen. Vor der Hand scheint kein bedeutsamer und entscheidender Ausbruch zu erwarten. Der großmüthige czechische Leu wird dem Stock und Säbel von Koller's gehorchen wie der Pudel; für die Stimme der Vernunft und Mäßigung aber hat er ein Trommelfell von Kindsleder.

J. Gilben.

Die Pflicht der Regierung.

Die kaiserlichen Regierungsmaßregeln hat der Reichsrath zu legalisiren; über die Opportunität derselben war man dem Vernehmen nach vor dem Erlaß im Ministerrath selbst nicht einer Meinung. Uns scheint, daß man den rohen und trotzigen Unarten nur dann länger Spielraum gestatten durfte, wenn man die Absicht hatte, dieselben zu radicalen Maßregeln gegen das ganze czechische Unwesen zu benutzen. Für ein solches Einschreiten ist die Mitwirkung des Reichsraths, ja für einzelne Fälle seine Initiative durchaus nothwendig. Zwar ist das gesammte Treiben der Czechen von ihrem literarischen Agitationsmittel bis zu der Wallfahrt nach Moskau und Costntz und den Massenversammlungen zur Zeit mehr grotesk, als staatsgefährlich. Dennoch ist die ganze Angelegenheit für Oestreich von furchtbarem Ernst. Denn seit die Zweitheiligkeit des großen Staatskörpers gesetzlich festgestellt ist, sind dem Staatsmann und dem Patrioten Oestreichs große Gefahren beseitigt, aber auch neue geschaffen. Soll der Kaiserstaat in dieser Zweitheiligkeit der Verwaltung gedeihen, so ist dies nur dann möglich, wenn dießseits der Leitha die Herrschaft deutscher Cultur fest behauptet und, wo sie verloren ist, rücksichtslos wieder eingeführt wird. Die Magyaren sollen da, wo sie als Herren sitzen, ihre gesetzlichen Rechte unverfehrt gebrauchen; sie sind durch die stärksten Bande mit dem deutschen Oestreich verknüpft, jeder materielle Fortschritt, ja ihr Bestand als Volk hängen an dieser Verbrüderung, es gibt für sie in der That keine Wahl, als in einem fremden slavischen Volksthum aufgehen, oder als Bundesgenossen mannhast zu Deutschland halten. Was aber dießseits der Leitha auf deutschem Boden liegt, muß deutsch sein, im Interesse des Gesamtstaates, wie der Völker dießseits und jenseit der Leitha.

Es gibt, seitdem ein ungarisches Ministerium besteht, für Oestreich keine Wahl mehr, keine Transaction mit einer dritten, vierten, fünften Völkerschaft. Der Kaiserstaat ist erkrankt, ja er schien in einem Menschenalter zweimal seiner Auflösung nahe, weil sich fast in allen Landschaften unter einem geistlosen und trotz tyrannischer Bevormundung doch schwachen Regiment die unzufriedenen Stämme einen localen Patriotismus suchten. Ueberall ist das Deutschthum zurückgewichen, selbst in der Vertheidigung machtlos, im Vitoral, in Welschtirol, in Kärnthén und Krain, in Böhmen, in Mähren. Das war lange eine Unehre für die Deutschöstreicher, dann wurde es die größte Gefahr für den Staat. Bitter hat sich gerächt, daß der große Staat durch fast 50 Jahre den Interessen eines ultramontanen Clerus und einer reactionären Aristokratie diene. Noch ist es Zeit, den Fortschritten feindseliger Volkswünsche und staatsvernichtender politischer Forderungen da zu steuern, wo dies Fremde mit den letzten Lebensbedingungen des Kaiserstaats in Widerspruch tritt. Nirgend aber ist dieser Widerspruch auffälliger geworden, als in Böhmen. Was die Czechen während und nach jener berüchtigten Reise nach Rußland getrieben haben, war schlechtverhüllter Landesverrath. Denn mit schamloser Offenheit ist die Tendenz hervorgetreten, sich dem russischen Staat anzuschließen; die Russen selbst mußten gegen diese Zumuthung protestiren. Und dies Unrecht wird nicht besser dadurch, daß die czechischen Führer sich über das gesetzliche Unrecht und die Illoyalität ihres Thuns nicht klar waren. Die Ehrfurcht vor der Idee des Staates ist in ganz Oestreich sehr verringert; es ist Zeit, daß die Regierung das Ihre thut, sie den Völkern wiederzugeben. Allerdings vermögen Ausnahmsgesetze und Belagerungszustand dies nicht zu bewirken; man kann dadurch im besten Fall auf einige Zeit ein Symptom beginnender Zersetzung des Staatsorganismus beseitigen, nicht das Uebel selbst. Und die liberalen Stimmen aus Wien haben ganz Recht, wenn sie auszuführen suchen, daß nur auf freisinniger Grundlage durch Beschränkung der Priestermacht, durch Hebung des Volksunterrichts und durch sorgfältige Pflege der realen Interessen Bildung, Wohlstand, Kraftgefühl des Volkes gesteigert werden können. Wenn aber der Deutschöstreicher hofft, daß man durch sein Verfassungsschema und durch Gesetzgebung allein oder vorzugsweise das eingewurzelte Uebel bändigen und die Czechen allmählich von ihrem Separatismus zur Hingabe an den Staat führen werde, so ist auch er in einem verhängnißvollen Irrthum. Es ist eine acute Krankheit und energische Gegenmittel sind erforderlich, um der Ausbreitung des Uebels zu steuern. Die Gewaltherrschaft des Baron Koller ist wahrscheinlich nöthig, um im Augenblick den hubenhaften Trotz zu bändigen, und es ist schlimm genug, daß sie nöthig geworden ist. Um aber die Czechenkrankheit zu heilen bedarf es vor Allem der Wiedereinsetzung des Deutschthums in

seinen früheren Stand auf den Gebieten, wo der Staat das Recht hat, anzuordnen. Es fällt uns nicht ein den Czechen ihre Sprache und Volkssitte zu rauben. Ein solcher Versuch wäre nicht deutsch, sondern russisch, er würde eine höchst berechtigte Empfindung des Volkes kränken, und deshalb wäre auch der Erfolg zweifelhaft. Volksschule und Gottesdienst sollen die czechische Sprache behalten, wo dieselbe altheimisch ist, und die Regierung soll für tüchtige Volkslehrer sorgen; der nationalen Poesie und den gelehrten Arbeiten der Czechen soll die Theilnahme und Förderung werden, welche jede ernste wissenschaftliche Thätigkeit vom Staate beanspruchen darf; im Uebrigen aber muß die Wahrheit zur Geltung kommen, daß das czechische Landvolk und der Kleinbürger seit Jahrhunderten unter der Herrschaft deutscher Bildung stehen, daß der große Grundbesitz, der Großhandel, Fabriken, Beamtenthum Alles, was Industrie und Geist im Leben unserer Zeit verbindet, seit Jahrhunderten in Böhmen deutsch sind, außer dem ein großer Theil des Volkes selbst. Alle höheren Unterrichtsanstalten, wie sie auch heißen mögen, welche der Staat direct oder indirect leitet, müssen wieder werden, was sie noch vor kurzem waren, Anstalten, welche in deutscher Sprache lehren. Die czechischen Gymnasien, höheren Real- und Gewerbeschulen sind sofort zu schließen und neue zu organisiren. Auch in den Schullehrerseminarien muß die deutsche Sprache diejenige sein, in welcher die Lehrer gebildet werden. Selbstverständlich in jedem Universtitätsvortrag. Diese Maßregel hat die beste innere Berechtigung, denn der österreichische Staat kämpft durch sie ebenso sehr für moderne Cultur gegen eine bössartige Barbarei, wie im Gegensatz Rußland durch eine Russificirung der Ostseeprovinzen einen niedrigeren Culturzustand an die Stelle eines höher entwickelten Volksthums zu setzen bemüht ist.

Diese Erziehungsmaßregel, in Böhmen fest und consequent durchgeführt, wird ausreichen, um in zwei Generationen den ganzen wüsten Traum eines politischen Czechenthums zu beseitigen. Wird diese Maßregel nicht durchgeführt, so kriecht die Krankheit zerstörend weiter. Man sehe z. B. auf die beiden wissenschaftlichen Institute in Königgrätz, dem Orte, aus welchem unser Correspondent seine Briefe datirt. Dort ist bei den Knaben, welche in der nächsten Generation als Geistliche, Lehrer, Aerzte die Vertreter der Cultur in kleinen Kreisen des Volkes sein sollen, bereits der beste Stolz, nicht deutsch zu sprechen. In einer kaiserlichen Festung, unter einer zum großen Theil deutschen Bevölkerung, ist der Idealismus der jungen Generation in den weitläufigen Lehranstalten, slavisch und russisch zu sein, und diese Gesinnungstüchtigkeit wird ihnen die theuerste geistige Habe, welche sie für das Leben mitbringen, in ein Leben, welches wahrscheinlich zu Halbheit und Unheil bestimmt ist, denn ihre wissenschaftliche Bildung wird ebenso dürftig, als ihre Ansprüche ungemessen. Dort und auf anderen Bildungsanstalten

der Czechen werden jetzt tausende von czechischen Agitatoren erzogen, welche in der Zukunft die Stellung Böhmens zum Kaiserstaat zu bestimmen haben. Die Toleranz der kaiserlichen Regierung gegen dergleichen Entfremdung ihrer Staatsbürger gleicht der Sorglosigkeit eines Landmanns, der seine Kinder mit Streichhölzern um das Dach seiner Scheuer spielen läßt. Aber nicht die Regierung allein, auch die Deutschen des Reichstages und der Presse laden schwere Schuld auf sich, wenn sie in dieser Frage säumig sind; ihre Aufgabe ist es, die Regierung, soweit für diese pädagogische Aenderung Acte der Gesetzgebung nöthig sind, zu unterstützen und die Agitation dafür zu betreiben. Es gibt große Culturinteressen, vor denen eine Regierung den Widerspruch einzelner Landschaften, den aufbrennenden Haß der Verletzten und die politische Verantwortung ungern auf sich nimmt, und in Oestreich ist diese Scheu jetzt aus vielen Gründen besonders fühlbar. Um so mehr ist es Pflicht der deutschen Bevölkerung, der Regierung beizustehen. Für den österreichischen Kaiserstaat steht aber die Sache so. Noch ist die czechische Frage ein Strohfeuer, welches in ungeschickten Händen hin und her flackert. Tilgt man diese Flamme nicht, so wird sie in der nächsten Generation ein Brand, der Gedeihen und Bestand des Staates in Frage stellt. Und dann wird der deutsche Norden um seiner Selbsterhaltung willen das Schadenfeuer zu löschen haben. Unter uns ist nirgend Hoffnung und Wunsch auf solche Arbeit; aber die Oestreicher können der wärmsten Sympathie und jeder Förderung durch Deutschland sicher sein, wenn sie ernsthaft das Ihre thun, von der Zukunft ihres Staates eine große Gefahr abzuwehren.

Aus den Memoiren eines russischen Dekabristen:

II. Untersuchungshaft und Verhör.

Am Morgen des 15. December wurde ich, wie bereits erwähnt, verhaftet. Der Regimentsadjutant war nach mir gesandt worden; mit ihm fuhr ich nach kurzem Abschied von meiner Frau (ich war erst acht Monate lang verheirathet) zum Regimentscommandeur, wo ich alle Offiziere unseres Regiments versammelt fand. Der General fragte: „Wer von Ihnen, meine Herren, wünscht den verhafteten Baron N. zum Commandanten zu geleiten?“ Niemand erbot sich dazu. Hierauf wandte der General sich zum Dejour-offizier Capitän D. A. Tulubjew und befahl ihm, mich in seinem Wagen in die Commandantur zu geleiten. In der Canzlei des Commandanten nahm man mir den Degen ab und führte mich auf die im Winterpalais befindliche Hauptwache, wo ein Bataillon unseres Regiments die Wache hielt. Ich hat